



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Ruedi Schläfli
Schliessung des Kernkraftwerks Mühleberg

QA 3022.12

I. Anfrage

Seit das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) entschieden hat, den Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg nicht über 2013 hinaus zu erlauben, stellen sich mehrere Fragen bezüglich der Stromversorgung des Kantons Freiburg.

Philippe Viridis, dem Direktor der Groupe E, zufolge, würde ein Viertel der Energie verschwinden, die jährlich in der Westschweiz verbraucht wird. Gemäss seiner Aussage verfügt unser Land nicht über die erforderlichen Ressourcen, um die fehlende Energie nach der Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg zu ersetzen.

- > Wie viele MW pro Jahr bezieht der Kanton Freiburg vom Kernkraftwerk Mühleberg?
- > In welcher Schweizer Region oder in welchem Land will sich der Kanton Freiburg nach der Schliessung des Kernkraftwerks Mühleberg mit Strom versorgen?
- > Falls Strom aus dem Ausland importiert werden muss, kann der Staat garantieren, dass es sich um "grünen" Strom handelt, der nicht durch veraltete Kernkraftwerke oder luftverschmutzende Kohlekraftwerke produziert wird?
- > Muss der Freiburger Stromverbraucher befürchten, dass der Strompreis in den kommenden Jahren massiv ansteigen wird?

9. März 2012

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend weist der Staatsrat darauf hin, dass im Kanton Freiburg in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen gemacht wurden, um den Energieverbrauch zu reduzieren und die erneuerbaren Energien vermehrt zu nutzen. Insbesondere wurde eine neue Energiestrategie aufgestellt, mit der bis ins Jahr 2030 die 4000-Watt-Gesellschaft erreicht werden soll und die zurzeit umgesetzt wird. Ausserdem weist Staatsrat darauf hin, dass die Bernischen Kraftwerke (BKW-FMB) und das Bundesamt für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) gegen den Entscheid des BVGer, den Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) nur noch bis 2013 zu erlauben, Beschwerde erhoben haben. Deshalb und aufgrund der Tatsache, dass die Betreiberin die Möglichkeit hätte, Anpassungen anzubringen, um die Betriebsfrist zu verlängern, ist noch nicht sicher, dass das Kernkraftwerk tatsächlich im Jahr 2013 stillgelegt wird.

Dies vorausgeschickt, kann der Staatsrat die Fragen von Grossrat Ruedi Schläfli wie folgt beantworten:

1. Wie viele MW pro Jahr bezieht der Kanton Freiburg vom Kernkraftwerk Mühleberg?

Die Stromversorgungsunternehmen haben verschiedene Möglichkeiten, die Verbraucher in ihrem Versorgungsgebiet mit Strom zu beliefern, wie etwa mit eigenen Produktionsstätten im In- und Ausland und/oder durch den Kauf von Strom auf dem freien Strommarkt. Beim Stromanteil, der auf dem Strommarkt eingekauft wird, ist es sehr schwierig, die Stromquelle zu bestimmen, da alle Kraftwerke über das Höchstspannungsnetz miteinander verbunden sind. Die Abhängigkeit des Kantons vom KKM kann folglich nicht mit Genauigkeit bestimmt werden. Einzig eine Schätzung des Anteils an Atomstrom am gesamten Strommix ist möglich. Allerdings ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieses Kraftwerk aufgrund seiner Nähe und seiner grossen Leistungskraft sowie angesichts des Elektronenflusses im Stromnetz zu Zeiten hoher Stromnachfrage massgebend zur Versorgungssicherheit des Kantons beiträgt.

Der heute im Kanton Freiburg verbrauchte Strom wird zu etwa 25% durch Kernkraftwerke produziert. Das heisst, von den etwa 2 000 000 MWh, die im Kanton Freiburg jährlich verbraucht werden, bestehen zum heutigen Zeitpunkt knapp 500 000 MWh aus Atomstrom.

2. In welcher Schweizer Region oder in welchem Land will sich der Kanton Freiburg nach der Schliessung des Kernkraftwerks Mühleberg mit Strom versorgen?

Der Staatsrat weist darauf hin, dass in erster Linie der Bund dafür zuständig ist, die Stromversorgung des Landes sicherzustellen. Nach Gesetz sind die Stromversorgungsunternehmen ausserdem verpflichtet, die in ihrem Versorgungsgebiet befindlichen Verbraucher jederzeit mit Strom zu versorgen. Somit müssen sie insbesondere eine ausreichende Versorgung sicherstellen und Strom zu konkurrenzfähigen Preisen liefern.

Zu Zeiten der Unterversorgung, wenn der landesweite Stromverbrauch die Produktionskapazität der Schweizer Kraftwerke übersteigt, wird Strom hauptsächlich aus Frankreich und Deutschland importiert. Dabei handelt es sich vor allem um Strom aus atomaren und fossilen Energiequellen. Im Falle einer raschen Schliessung des Kernkraftwerks Mühleberg, etwa im Jahre 2013, wird die Schweiz vermehrt Strom importieren müssen. Mittel- und langfristig wird die Versorgung des Kantons auch vom Bau neuer Produktionsstätten im Kanton oder in dessen Nähe abhängen. Diese Produktionsstätten können erneuerbare Energiequellen (Windkraft, Wasserkraft, Biogas, Sonnenkraft und tiefe Geothermie) und/oder Erdgas nutzen, wie etwa das geplante Gaskombikraftwerk in Cornaux (NE).

3. Falls Strom aus dem Ausland importiert werden muss, kann der Staat garantieren, dass es sich um "grünen" Strom handelt, der nicht durch veraltete Kernkraftwerke oder luftverschmutzende Kohlekraftwerke produziert wird?

Als Mehrheitsaktionär der Groupe E muss der Staat im Rahmen seiner Eigentümerstrategie dafür sorgen, dass die Tätigkeit des Unternehmens mit den energiepolitischen Zielen des Kantons vereinbar ist. So hat der Staatsrat, als die Groupe E plante, sich am Kohlekraftwerk Brunsbüttel in Deutschland zu beteiligen, dem Unternehmen seinen Standpunkt mitgeteilt. Er ist sich jedoch bewusst, dass die Stromversorgungsunternehmen auf einem offenen Markt tätig sind und einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind. Deshalb beabsichtigt der Staat nicht, die Groupe E zu zwingen, die Freiburger Verbraucher mit «grünem» Strom, das heisst mit Strom aus 100% erneuerbaren Quellen, zu versorgen. Er achtet jedoch darauf, dass der vom Unternehmen gelieferte Strom mit

möglichst wenig Energieverlust produziert wird und einen immer grösseren Anteil an erneuerbaren Energiequellen aufweist.

4. Muss der Freiburger Stromverbraucher befürchten, dass der Strompreis in den kommenden Jahren massiv ansteigen wird?

Auch wenn man nicht von einem massiven Preisanstieg sprechen kann, so weisen die Prognosen darauf hin, dass die Strompreise mittelfristig steigen sollten, dies insbesondere aufgrund der zunehmenden Nachfrage (Bevölkerungswachstum, Zunahme der Haushaltsgeräte und der elektronischen Geräte), der Abkehr von fossilen Energien zugunsten der elektrischen Energie (Wärmepumpe, Verkehr) und der Zunahme des Anteils der neuen erneuerbaren Energien am Strommix.

15. Mai 2012